

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW

Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind nicht allein durch die Öffnung von Kitas und Schulen gedeckt, sie brauchen für ein gutes und gesundes Aufwachsen selbstbestimmte Freiräume. Wie sorgen Sie für Räume zur Entfaltung der Persönlichkeit und für soziale Kontakte und Erfahrungen?

Gerade die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass Kinder und Jugendliche für ein gutes und gesundes Aufwachsen selbstbestimmte Freiräume, sozialen Kontakt zu Gleichaltrigen sowie Zugang zu Freizeit- und Bewegungsangeboten benötigen. Dies betrifft umso mehr benachteiligte Kinder und Jugendliche. Darum wollen wir Ferienfreizeiten, Bildungsprogramme in den Schulferien sowie Mitgliedschaften in gemeinnützigen Vereinen finanziell stärker fördern und unterstützen, damit mehr Kinder und Jugendliche von diesen Angeboten profitieren können.

Zudem wollen wir die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen erwerben können.

Wir beobachten, dass das Programm „Aufholen nach Corona“ nicht ausreicht, um Lernstoff aufzuholen sowie außerschulische Erfahrungen zu machen. Inwieweit wird insbesondere der außerschulische Bereich zukünftig gestärkt?

Wir wollen die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen erwerben können. Mentoring-Programme sollen eine weitere wertvolle Unterstützung für Kinder und Jugendliche sein und ihnen Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.

Vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche benötigen umfassende Ferien- und Unterstützungsprogramme. Wir wollen darum Ferienfreizeiten, Bildungsprogramme in den Schulferien sowie Mitgliedschaften in gemeinnützigen Vereinen finanziell stärker fördern und unterstützen.

Die soziale Herkunft hat noch immer Auswirkungen auf die Bildungs- und Entwicklungschancen. Wie werden Sie für mehr Chancengerechtigkeit für Heranwachsende sorgen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Familienförderung armutssicher zu machen?

Wir wollen beste Bildung und gleiche Chancen für alle – von Anfang an. Alle Kinder sollen sich unabhängig von ihrer Herkunft entsprechend ihrer Talente und Neigungen bestmöglichen entwickeln können. Ein wichtiger Grundstein für Bildungs- und Chancengerechtigkeit wird bereits in der frühkindlichen Bildung gelegt. Insbesondere Kinder aus sozial schwierigem Umfeld haben jedoch aufgrund fehlender Unterstützung oft schlechtere Bildungschancen. Sogenannte plusKITAs sollen die Potenziale dieser Kinder noch gezielter fördern. Wir wollen darum mit der deutlichen Stärkung von plusKITAs für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle Kinder von Beginn an sorgen.

Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen wollen wir nachhaltig unterstützen und Kinderarmut entgegenwirken. Wir unterstützen die Absicht der neuen Bundesregierung,

familienpolitische Leistungen zu bündeln. Insbesondere die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe sollen ausgeweitet und von Kindern und Jugendlichen selbstständig abgerufen werden können.

Während der Coronapandemie sind die Möglichkeiten der Mitbestimmung von jungen Menschen massiv eingeschränkt worden. Wie setzen Sie zukünftig das Recht Heranwachsender auf Mitbestimmung um? Wie beziehen Sie dabei Vertretungen des Landesjugendrings und der Landeschüler*innenvertretung mit ein?

Während der Pandemie wurden die Wünsche und Bedürfnisse der jungen Generation zu wenig gehört. Kinder und Jugendliche wollen jedoch mitreden und Teil der Lösung sein. Wir wollen der Jugend eine starke Stimme geben, indem wir z.B. das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen werden. Wir wollen darüber hinaus kommunalen Kinder- und Jugendparlamenten ermöglichen, ein Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu entsenden, das dort über ein Vorschlags- und Beteiligungsrecht verfügt. Darüber hinaus haben wir in Regierungsverantwortung Deutschlands erstes direkt und frei gewähltes Landesjugendparlament auf den Weg gebracht, um dauerhafte Strukturen für Jugendbeteiligung gegenüber der (Landes-)Politik zu schaffen.

Die Kommunen wollen wir beim Auf- und Ausbau von kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren.

Die Frage der Teilhabe sowie Partizipation betrifft in hohem Maße Heranwachsende in besonderen Lebenslagen, wie z. B. junge Geflüchtete und junge Menschen mit Behinderung. Wie werden Sie deren vielfachen Benachteiligungen und Einschränkungen von Lebenschancen entgegnen?

Jede und jeder Einzelne ist wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft und soll eine echte Chance auf Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben.

Gute sprachliche Fähigkeiten sind eine Grundvoraussetzung für gelingende gesellschaftliche Teilhabe sowie für Erfolg im Bildungs- und Berufsleben. Etwaige Sprachrückstände bei geflüchteten Kindern im Kita-Alter wollen wir systematisch erfassen und durch passgenaue Angebote der Sprachförderung ausgleichen. Inklusion in der Schule wollen wir durch zusätzliches Fachpersonal unterschiedlicher Professionen, eine qualitativ und quantitativ weiterentwickelte Schulbegleitung und zusätzliche Fortbildungsformate nachhaltig unterstützen und Schritt für Schritt bedarfsgerecht ausbauen. Zur Stärkung der Teilhabe an Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Dabei wollen wir das Budget für Arbeit bzw. Ausbildung verstärkt nutzen.

Außerdem setzen wir auf digitale Technologien, die Menschen mit Beeinträchtigung neue Möglichkeiten bieten, Barrieren zu überwinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Kinder und Jugendliche haben unterschiedliche Sorgen und Nöte und sind von Gewalt bedroht, auch im digitalen Raum. Was werden Sie politisch tun, um Heranwachsende zukünftig wirksamer vor Cybermobbing und Cybergrooming zu schützen?

Wir wollen Präventionsschulungen, die den geeigneten Umgang mit Mobbing sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, zum festen Bestandteil des

Vorbereitungsdienstes für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter machen. Teil dieser Ausbildungsphasen sollen auch der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in der Findungsphase ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität sowie die regelmäßige Besprechung des Umgangs mit Sozialen Medien im Unterricht sein.

Wir wollen die bestehenden gezielten Kompetenzangebote für Eltern, Lehrkräfte und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe künftig weiterentwickeln und vernetzen. Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt über ihre persönlichen Rechte und Grenzen im persönlichen Umgang informieren. Sie sollen gestärkt werden, (Verdachts-)Fälle und Grenzverletzung klar zu benennen. Dafür müssen u.a. Ansprechpersonen und niedrigschwellige Beratungsangebote (z.B. „klicksafe“) bekannter und konkrete Handlungsmöglichkeiten zugänglich gemacht werden. Themen- und Projektstage zu Kinder- und Jugendschutz an den Schulen können einen weiteren Beitrag dazu leisten, über die Gefahren aufzuklären und die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, diese zu erkennen und mit ihnen umzugehen.

In der Pandemiesituation hat die häusliche Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zugenommen. Eine Maßnahme, dem entgegenzuwirken, ist die flächendeckende Einrichtung von Ombudsstellen auf kommunaler Ebene. Werden Sie die notwendigen Ressourcen bereitstellen und Maßnahmen darüber hinaus ergreifen?

Ombudsstellen an den örtlichen Jugendämtern dienen grundsätzlich der Beratung von jungen Menschen und ihren Familien bei Konflikten mit der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtung und Betrieb dieser Stellen werden durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz des Bundes vorgeschrieben. Die NRW-Koalition stellt über das Landeskinderschutzgesetz NRW die notwendigen Mittel dazu bereit.

Darüber hinaus wollen wir die Themen Kindesmisshandlung, -missbrauch und -vernachlässigung über eine aktive Öffentlichkeitsarbeit weiter enttabuisieren. Bürgerinnen und Bürger wollen wir für Anzeichen sensibilisieren und ihnen Mut machen, bei Auffälligkeiten, Verdachtsfälle und Problemen Hilfe aufzusuchen. Dafür wollen wir niedrigschwellige Beratungs- und Informationsangebote bekannter machen. Auch die vielen Akteure, die mit oder im Umfeld von Kindern und Jugendlichen arbeiten, wollen wir durch regelmäßige Fortbildungen für Anzeichen von Kindeswohlgefährdungen sensibilisieren.